

# Sprachverwirrung im Dienste des Klimaschutzes: CO<sub>2</sub>-Verbrauch

geschrieben von Admin | 12. Dezember 2019

Täglich werden wir mit Begriffen konfrontiert, die im Ergebnis einer als alternativlos gepriesenen Energiewende verwendet werden oder durch sie erst entstanden sind. Wir greifen auch Bezeichnungen auf, die in der allgemeinen Vergrünung in den Alltagsgebrauch überzugehen drohen – in nichtalphabetischer Reihenfolge.

## C wie CO<sub>2</sub>-Verbrauch, der

Im Ringen um weiteres Anfeuern des Klima-Hypes nimmt die Sprachverwirrung stetig zu. Bisherige Wortmontagen in offensichtlich falschem Sinnzusammenhang wie „Klimakatastrophe“, „Klimaleugner“ oder „Klimamanager“, von „Klimakabinett“ bis „Klimapaket“ werden derzeit über eine unsägliche Sprachpanscherei noch gesteigert. Gefühlt jeder zweite Beitrag in den Meldungen unserer Öffentlich-Rechtlichen wird in diesem Sinne aufmunitioniert. Inhalt und konkrete Wortbedeutung sind obsolet geworden, es geht ausschließlich um die Verschlagwortung einer zur Religion erhobenen Theorie.

Finanzminister Scholz führte am 10. September in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltsgesetzes 2020 einen Verweis auf die Ergebnisse des Club of Rome mit der Ergänzung, dass die Voraussagen nicht eingetreten wären und „leider“ immer noch viele Rohstoffe zur Verfügung stünden. Und dann beklagt er noch einen zu „hohen CO<sub>2</sub>-Verbrauch“ und offenbart damit den Geisteszustand, in dem Regierung und er sich offensichtlich befinden. „Auf lange Sicht wird es teurer, CO<sub>2</sub> zu verbrauchen“. Wenn das so wäre, gäbe es eine einfache Lösung: Alles Grünzeug roden, dessen wir habhaft werden können. Alle Lebewesen, die die Fotosynthese praktizieren, wären auszurotten. Dann würde nicht so viel CO<sub>2</sub> verbraucht.

Er ist nicht allein, es ist kein einsamer Versprecher. Unter der Subline „CO<sub>2</sub>-Verbrauch“ titelt die „Welt“ vom 14. Juli: „Besserverdiener sind die mit Abstand größten Klimasünder“, „Immer größere Sensibilisierung für den CO<sub>2</sub>-Verbrauch“ titelt der Tagesspiegel vom 16. Juni. Auf der Homepage der Stadt Osnabrück gibt es einen Link „Berechnen Sie Ihren CO<sub>2</sub>-Verbrauch“. Offenbar haben wir beim Thema „Klima“ eine Phase des Redens ohne Denken erreicht, die im quasireligiösen Eifer von Politik und Medien nicht mal mehr Aufmerksamkeit, geschweige denn Widerrede weckt.

Scholz sagte weiter, wir bräuchten nicht „nicht mehr vom selben“, was die Hoffnung auf die Einsicht weckt, dass ein einfacher massenhafter

Zubau weiterer Windkraftanlagen nicht zielführend ist. Das meint er aber nicht. Förderprogramme würden nicht abgerufen, darauf läuft sein Hinweis hinaus, bereitstehendes Geld werde nicht abgerufen.

Weiter im Originaltext heißt es dann:

*„Und dann müssen wir auch Fragen beantworten, die uns die Bürgerinnen und Bürger stellen, Fragen, die sie, wie ich finde, zu Recht stellen. Eine lautet: Warum ist es denn richtig, dass Deutschland aus der Kohleverstromung aussteigt, wenn gleichzeitig in Afrika und Asien tausend zusätzliche Kohlekraftwerke gebaut werden? Eine andere Frage ist zum Beispiel: Warum ist es richtig, dass wir bei Fahrzeugen jetzt auf moderne Antriebstechniken mit weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen setzen, wenn gleichzeitig überall in der Welt noch Millionen zusätzliche neue Fahrzeuge mit klassischen Verbrennungstechniken auf den Markt kommen? Weil wir es können.“*

Die ist das sozialdemokratische Pendant zur CDU-Leerformel „Wir schaffen das“. Vor allem ist es an Arroganz und Realitätsverdrängung schwer zu überbieten. Genau diese Politikanmaßung ist es, die derzeit Tausende in die Kurzarbeit schickt und die Streichkonzerte in den Stellenplänen der Unternehmen begründet. Die täglichen Meldungen zeigen, dass es die fußlahme Groko eben nicht kann, ohne der Wirtschaft und damit dem ganzen Land zu schaden. „Weil wir es können“ führt zu den historisch höchsten Strompreisen, die wir in Deutschland je hatten und mit denen wir auf dem fragwürdigen Siegerpodest ganz oben stehen. Wir haben nun die Dänen überholt und muten den Haushalten im Durchschnitt 30,85 Cent pro Kilowattstunde zu. Für die Historiker: Das sind 60,34 Deutsche Pfennige. 1998 waren es noch 18 Pfennige. Der Staatsanteil am Strompreis stieg übrigens im gleichen Zeitraum von 24 auf 54 Prozent. Ja, sowas können sie, die uns schon länger Regierenden. In den „Eckpunkten Klimaschutzprogramm“ vom 20. September, also des in Worten manifestierten Zeichens der Hilf- und Ahnungslosigkeit, ist von den Entlastungen der Bürger nur noch wenig die Rede. 0,25 Cent pro Kilowattstunde Absenkung der EEG-Umlage ab 2021 (nachdem sie 2020 zunächst wieder steigen wird) entsprechen bei einem durchschnittlichem Dreipersonenhaushalt und 4.000 Kilowattstunden Verbrauch im Jahr einer Einsparung von 10 Euro. Das hat man vorher an der Zapfsäule schon überkompensiert. Keine Rede ist mehr von der Abschaffung der Stromsteuer, auch nicht davon, dass mehr eingenommenes Geld an die Bürger zurückfließen und „klimagerechtes“ Verhalten belohnen soll. Jetzt heißt es nur, der Staat wolle das Geld nicht behalten, sondern für „Klimaprojekte“ einsetzen. Das wird Oma freuen, wenn der Ticketpreis für den Bus in die Stadt auf Grund der Dieselpreise steigt und die in den Supermarkt transportierten Lebensmittel teurer werden. Sie weiß aber dann, dass auch ihr Geld in die 49. Versuchsanlage Power-to-Gas fließt. Und dass die Pendler ohnehin lange Strecken mehr zum Spaß fahren, eine Erhöhung der Pendlerpauschale mithin falsch ist, darauf wies Experte Robert Habeck jüngst überzeugend hin.

Die Diäten der Bundestagsabgeordneten stiegen im gleichen Zeitraum 1998 bis heute nicht so stark wie der Strompreis. Dennoch deutlich, von 6.064 Euro (plus 3.244 Euro steuerfreie Kostenpauschale) auf heute 10.055 Euro (plus 4.418) bei gleichzeitiger Erhöhung ihrer Anzahl auf 709 (weltweit Platz 2 nach dem chinesischen Volkskongress). Mit gestiegener Qualität der politischen Entscheidungen hat das wirklich nichts zu tun, sondern damit, „weil sie es können“.

Der Vollständigkeit halber seien hier einige echte CO<sub>2</sub>-Verbraucher genannt, wobei sich nicht erschließt, warum man gegen sie vorgehen sollte:

Die Mineralwasserhersteller beziehen Kohlendioxid als Lebensmittelzusatzstoff (E 290), um in ihren Getränken neben „naturell“ auch noch „medium“ und „spritzig“ anbieten zu können. Ein Feuerwehrgewerk braucht das Gas, um Feuerlöscher neu zu befüllen. In Kraftwerken braucht man es für den Gaswechsel in Generatoren, die mit Wasserstoff gekühlt werden. Vor der Demontage muss der Wasserstoff durch CO<sub>2</sub> verdrängt werden, um die Knallgasbildung mit Luft zu verhindern. Beim MIG/Mag-Schweißen wird das Gas als Schutzgas verwendet. Und natürlich alles an Blattgrün, was es so gibt.

Wir sind gespannt, was unser Finanzminister dagegen unternehmen wird. Mal sehen, was er so kann.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier